

TOBIAS TÄTIGKEITSBERICHT



Liebe Freundinnen und Freunde,

Die Sondierungen und Verhandlungen nach der Bundstagswahl 2017 scheinen ewig her zu sein. Die Ereignisse, gerade im letzten Sommer, haben sich in Berlin teilweise regelrecht überschlagen. Oft sind wir ins Wochenende gegangen, ohne zu wissen, ob die Koalition am Montag noch besteht. Neben dem ganzen Wahnsinn, den CDU, CSU und SPD veranstaltet haben, ist die Sachpolitik häufig in den Hintergrund gerückt. Ich möchte Euch an dieser Stelle über meine inhaltliche Arbeit in Berlin und in der Südpfalz berichten.

In dieser Legislaturperiode sitze ich erneut im Haushalts-, Verteidigungs- und Rechnungsprüfungsausschuss. Als Sprecher für Sicherheitspolitik habe ich nun meinen Arbeitsschwerpunkt im Arbeitskreis IV, der die Themen Europa, Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik und Abrüstung umfasst.

Im Haushaltsausschuss bin ich weiterhin für den Einzelplan des Verteidigungsministeriums, des Bundesrates zuständig, neu ist meine Zuständigkeit für die

Haushalte der Bundesministerien des Innern für Bau und Heimat, für Ernährung und Landwirtschaft sowie die Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Sehr optimistisch blicke ich auf die Kommunalwahlen im kommenden Jahr. Es gilt das sehr gute Ergebnis der letzten Kommunalwahl zu verbessern und den aktuellen Trend zu bestätigen. Dabei möchte ich Euch mit voller Kraft unterstützen und besuche Euch gerne vor Ort.

- 03 HAUSHALT
- 04 FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK
- 05 AUS DEM WAHLKREIS
- 06 PRESSESCHAU

gemäß § 8 | 14 Parteisatzung RLP

2018

Haushaltspolitik

Wegen der Bundestagswahl wurde der Haushalt für das Jahr 2018 nicht mehr durch den letzten Bundestag beschlossen. Die lange Regierungsbildung machte die Situation noch unbequemer und führte zu anhaltendem Stillstand. Der Beginn der Haushaltsberatungen 2018 Ende Mai war also mehr als überfällig. Von da an haben wir uns bis Juli intensiv mit dem Zahlenwerk der Regierung auseinandergesetzt. Kaum waren die Beratungen abgeschlossen, kam dann auch schon der Etatentwurf für 2019, und das Spiel ging für uns von vorne los. So wurden in diesem Jahr zwei Haushalte beraten und verabschiedet: im Frühjahr der Haushalt für das laufende Jahr und im Herbst im regulären Verfahren der Haushalt für das Jahr 2019.

Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

Mit Julia Klöckner ist eine Rheinland-Pfälzerin neue Ministerin für Ernährung und Landwirtschaft geworden. Außer der Herkunft habe ich mit ihr nicht viel gemein. In den beiden Haushaltsberatungen setzt sie falsche Prioritäten. Wenn sie dann, wie beispielsweise beim Tierwohllabel in die richtige Richtung geht, tut sie dies viel zu langsam und zögerlich.

Die Auswirkungen des Klimawandels, die extreme Hitze und Trockenheit mit der einhergehenden Dürre sind in diesem Sommer besonders deutlich geworden. In den Haushaltsberatungen habe ich unter anderem ein Stallumbauprogramm für eine artgerechte Tierhaltung gefordert. Insgesamt summierten sich die GRÜNEN Anträge für die Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik auf über 500 Millionen Euro.

Haushalt des Bundesministeriums des Innern für Heimat und Bau

Im Innenministerium ist nun neben dem Bereich Bau auch der Bereich Heimat verortet. Das Horst Seehofer keine Idee hat, was er damit eigentlich genau bezwecken will, wurde in den beiden Haushaltsberatungen deutlich. Es bleibt weiterhin sein Geheimnis, wieso der

Name des Ministeriums geändert, eine Abteilung eingerichtet und viele neue Stellen geschaffen wurden, aber nichts geschieht. Die meiste Zeit hat sich Seehofer ja schließlich mit dem Wahlkampf in Bayern beschäftigt. Den Ausgang kennen wir alle, also von daher: vielen Dank Horst!



Friedenspolitische Veranstaltung der Landesgruppe © Büro Lindner

Dem von der Koalition verabschiedeten Baukindergeld haben wir ein Förderprogramm Wohnungsgemeinnützigkeit entgegengestellt. Anstatt mit der Gießkanne auch die zu fördern, die sich ohnehin den Kauf eines Eigenheims leisten können, wollen wir gerade in Städten und Gemeinden mit einem angespannten Wohnungsmarkt den sozialen Wohnungsbau unterstützen und so ausreichend Wohnraum mit bezahlbaren Mieten schaffen.

Integration kann nur gelingen, wenn es ausreichend Integrationsmaßnahmen und –kurse gibt. In den Haushaltsberatungen haben wir hierfür 250 Millionen Euro mehr gefordert. Anstatt Wut und Angst zu schüren, setzten wir auf konkrete Maßnahmen.

Rechnungsprüfungsausschuss

Im Rechnungsprüfungsausschuss liegt mein inhaltlicher Schwerpunkt weiterhin auf dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Im größten Etat des Bundeshaushaltes findet der Bundesrechnungshof Jahr für Jahr große Einspar- und Optimierungspotentiale, die ich im parlamentarischen Verfahren gegenüber dem

Ministerium einfordere. Als stellvertretender Ausschussvorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses nehme ich auch einige repräsentative Aufgaben, etwa bei Besuchen ausländischer Delegationen, wahr und leite Sitzungen.

Friedens- und Sicherheitspolitik

Von der Leyen will mehr Geld für die Bundeswehr

Im letzten Jahr hat Ursula von der Leyen weitere Grundsatzdokumente vorgelegt, mit denen sie ihre Vorstellung von der Ausgestaltung der Bundeswehr genauer beschreibt. Wenig überraschend plant sie eine größere und teurere Bundeswehr. Genauso wenig überraschend kostet das Ganze genau 1,5% des Bruttoinlandsproduktes, wie Kanzlerin und Ministerin es zuvor gegenüber der NATO versprochen haben. Die Pläne gehen weit über eine Vollausstattung bereits bestehender Strukturen hinaus. Es drängt sich zudem der Verdacht auf, dass hier vor allem auch mit dem



Ziel geplant wurde, einen bestimmten Geldbetrag auszugeben. Dieses Vorgehen lehnen wir ab. Die Verteidigungsausgaben an einer vorgegebenen Zahl zu orientieren – seien es 2% oder 1,5% – ist nicht zielführend. Die unsinnige Debatte um das NATO 2% Ziel begleitet uns nun schon viel zu lang.

Keine bewaffnungsfähigen Drohnen

Im Frühjahr hat die Koalition der Beschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen zugestimmt. Damit ist sie einen klaren Schritt in Richtung Kampfdrohnen gegangen. War die SPD vor der Bundestagswahl aus taktischen Gründen noch dagegen, stimmt sie nun in der Neuaufgabe der Großen Koalition zu. Nachvollziehbar ist das nicht. Auch nicht, wenn neue Begriffe wie „bewaffnungsfähig“ erfunden und erneute Debatten über das Für und Wider eine Bewaffnung durch die SPD gefordert werden. Wir bleiben bei unserer Position und lehnen die Beschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen entschieden ab, egal ob gekauft oder geleast!

Traditionserlass der Bundeswehr

2017 hat Franco A., ein Bundeswehrangehöriger, der im Verdacht steht terroristische Anschläge geplant zu haben, für Aufsehen gesorgt. Es folgte weiteres Fehlverhalten in der Truppe, unter anderem wurden Devotionalien aus der NS-Zeit in Bundeswehrkasernen gefunden. All dies bildete den Anstoß für die Überarbeitung des Traditionserlasses der Bundeswehr von 1982. Es war höchste Zeit für eine Aktualisierung. Im Frühjahr wurde der neue Erlass vorgestellt. Er enthält wichtige Klarstellungen. Die entscheidende Herausforderung ist es nun, den Traditionserlass der Bundeswehr im Alltag mit Leben zu füllen. Dazu ist vor allem auch eine gute Führung notwendig. Wenn ich dann aber lese, wie der Parlamentarische Staatssekretär Tauber den Wehrmachtsgeneral Rommel auf Twitter verherrlicht, machen sich bei mir doch größere Zweifel breit.

Externe Berater im Verteidigungsministerium

Diesen Herbst über hat uns die Frage über Art und Umfang des Einsatzes von externer Beratung und Unterstützung bei der Bundeswehr stark beschäftigt. Neu war das Thema nicht – wir GRÜNE haben hierzu schon in den vergangenen Jahren Berichte an- und mehr Transparenz eingefordert. Nun hat der Bundesrech-

nungshof Verstöße gegen das Vergaberecht angeprangert, unzureichende Prüfungen bei der Vergabe und Intransparenz kritisiert. Im Zuge der Debatte sind weitere Details zu Tage getreten, die es nun zu überprüfen gilt. Unser Ziel ist es das konkrete Fehlverhalten aufzuklären und abzustellen, vor allem aber auch endlich für Transparenz zu sorgen und rauszufinden, wie abhängig die Bundeswehr inzwischen von Externen ist.

Mit der Ministerin haben wir begonnen, diese Fragen in den Ausschüssen zu diskutieren. Die meisten Neuigkeiten haben wir jedoch zunächst über die Presse erfahren. Das ist nicht die Transparenz, die sie immer verspricht. Wenn Vetternwirtschaft und Verstöße gegen das Vergaberecht im Raum stehen, läuft ganz grundlegend etwas falsch.

Gorch Fock

Ein unrühmlicher Dauerbrenner ist das Segelschiff Gorch Fock. Es liegt seit Jahren in einer Werft und wird saniert. Gefühlt kommen jedes Mal, wenn ich nach dem aktuellen Stand Frage, neue Schäden und vor allem Millionenkosten hinzu. Von zuletzt 75 Millionen Euro kommend sind es nun 135 Millionen. Es ist mir schleierhaft, wie es sein kann, dass die Marine so wenig über den Zustand ihres Schulschiffes wissen konnte und es zu solch einer Kostenexplosion kam. Ich frage mich ernsthaft, ob es nicht besser wäre, gleich ein neues Schiff zu bauen und die Chance zu nutzen, dies europäisch mit unseren Partnern zu machen, als Symbol unseres Europas.

In diesem Jahr kam noch ein weiterer Aspekt hinzu – das Deck der Gorch Fock sollte mit neuem Teakholz ausgestattet werden. Dieses wurde in Myanmar beschafft. Leider ist es wegen der Bedingungen vor Ort nicht möglich, aus Myanmar zertifiziertes Holz zu beschaffen. Das wurde der Bundesregierung erst dieses Jahr klar, nachdem Steffi Lemke und ich gemeinsam mit Journalisten nachgehakt haben. Leider zu spät, denn der Schaden vor Ort ist getan.

Aus dem Wahlkreis

Elektrifizierung der Bahnstrecke von Neustadt nach Wörth

In einem gemeinsamen Brief an Bundesverkehrsminister Scheuer und seinen rheinland-pfälzischen Amtskollegen Wissing habe ich mich für die Elektrifizierung der Bahnstrecke von Neustadt über Landau nach Wörth stark gemacht. Im Haushaltsausschuss musste ich leider feststellen, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung, mehr Mittel für die Elektrifizierung zur Verfügung zu stellen, nur sehr halbherzig umsetzt. Ein ambitioniertes Paket unserer Fraktion wurde abgelehnt. Hier werde ich weiter Druck machen, und mich für ein modernes Schienennetz und eine Stärkung des ÖPNV in Rheinland-Pfalz einsetzen.

Besuche bei der Bundespolizei und der Bundeswehr

In diesem Jahr habe ich beispielsweise das Luftwaffenausbildungsbataillon in Germersheim, die Bundespolizei in Bad Bergzabern und das THW in Landau besucht. Dabei sind mir Gespräche mit den Personalvertretungen wichtig, aus denen ich gute Schlüsse ziehen kann, an welchen Stellen Geld benötigt wird, um diejenigen, die sich unter Einsatz ihrer Gesundheit für unsere Sicherheit einsetzen, bestmöglich für ihre Arbeit auszustatten.

Wir sind Kandel

Nach dem schrecklichen Mord an einem jungen Mädchen durch einen vermutlich aus Afghanistan stammenden Geflüchteten in Kandel, instrumentalisierten Rechte dieses Verbrechen. Doch die Kandler Bürgerinnen und Bürger wehren sich dagegen, ihre Stadt zum Wallfahrtsort für Rechtsextremisten werden zu lassen. Mit „Wir sind Kandel“ ist ein breites gesellschaftliches Bündnis ins Leben gerufen worden, das sich den Rechten entgegen stellt. Bei der Demonstration im August durfte auch ich das Wort ergreifen. Mein Dank gilt allen, die sich für eine weltoffene und menschliche Gesellschaft einsetzen.